



### Presseschau vom 14.07.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### **Außer der Reihe – Lesetipps:**

**Andrej Koz: „Trifft jedes Ziel in Russland“: Diese neuen Waffen entwickeln die USA**  
Große Reichweite, hohe Treffgenauigkeit und enorme Schlagkraft – bereits im Herbst wird US-Rüstungshersteller Northrop Grumman aus dem Militäretat des Landes eine Tranche in Höhe von 85 Milliarden Dollar für die Entwicklung einer prinzipiell neuen Interkontinentalrakete erhalten. ...

<https://sptnkne.ws/CZf8>

**Liudmila Kotlyarova: Kampf um Syrien: Experten decken „Heuchelei“ von Röttgen und deutschem UN-Botschafter Heusgen auf**

Nach einem langen Streit hat sich der UN-Sicherheitsrat am Wochenende auf eine eingeschränkte Fortsetzung der humanitären Hilfe für Syrien geeinigt. Zwar wurde der deutsch-belgische Resolutionsentwurf angenommen, Politiker und Medien beklagen aber eher einen Sieg Russlands. Hinter solchen Floskeln verberge sich etwas, meinen Experten. ...

<https://sptnkne.ws/CZrm>

**Kani Tuyala: Im Namen des Wettbewerbs! Deutsche Wirtschaftslobby stemmt sich gegen Gesetz für "Menschenrechte"**

Längst sind Umweltschutz und Menschenrechte zum geflügelten Wort in Politik und Wirtschaft geworden – in der Theorie. Ein verbindliches Regelwerk lehnen die Unternehmen mit Verweis auf die Zwänge der Globalisierung vehement ab. In Wirtschaftsminister Altmaier

hat die Lobby einen gewichtigen Fürsprecher. ...

<https://de.rt.com/28me>

**abends/nachts:**

### de.sputniknews.com: **Befragung zu Kriegsverbrechen: Kosovos Präsident Thaci in Den Haag angereist**

Der Präsident der selbsternannten Republik Kosovo, Hashim Thaci, ist am Montag in Den Haag eingetroffen, wo er nach der jüngsten Anklage wegen der Kriegsverbrechen im Kosovo-Krieg von 1998 bis 1999 verhört werden soll.

Er sei „bereit, sich der neuen Herausforderung zu stellen und für meinen Sohn, meine Familie, mein Volk und mein Land zu gewinnen“, sagte Thaci gegenüber Journalisten.

„Niemand kann die Geschichte umschreiben“, so der kosovarische Präsident weiter.

Zuvor hatte er angekündigt, er werde „unverzüglich zurücktreten“, sollte das Tribunal für die Ahndung von Kriegsverbrechen während des Kosovo-Krieges die Anklage bestätigen.

Thaci, der früher Kommandeur der Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) war, wird unter anderem des Mordes und der Folter beschuldigt. Er und weitere mutmaßliche Täter sollen laut der Anklageschrift für knapp hundert Morde verantwortlich sein.

#### **Anklage wegen Kriegsverbrechen**

Am 24. Juni hatte der Sonderankläger des Kosovo-Gerichts in Den Haag mitgeteilt, dass gegen den Präsidenten des Kosovo, Hashim Thaci, vorläufig Anklage wegen schwerer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben worden sei. Ein Richter muss die Vorwürfe noch überprüfen. Erst bei einer Bestätigung könnte auch ein Haftbefehl erlassen werden.

Die Anklage legt Thaci und mehreren weiteren Akteuren des kosovarischen Unabhängigkeitskrieges gegen Serbien schwere Verbrechen zur Last, darunter Mord, Verfolgung und Folter. Hunderte Kosovo-Albaner, Serben, Roma und Angehörige anderer ethnischer Gruppen sowie politische Gegner gehörten der Anklage zufolge zu ihren Opfern. Das Gericht in Den Haag gehört formal zur Justiz des Kosovo. Es war auf internationalen Druck 2015 in Den Haag eingerichtet worden, um die Verbrechen während des Unabhängigkeitskrieges des Kosovo 1998-1999 strafrechtlich zu verfolgen. In dem Krieg gab es mehr als 10.000 Tote und Hunderttausende Vertriebene. Es ist die erste vorläufige Anklage, die bisher veröffentlicht wurde.

#### **Das Kosovo Sondertribunal**

Das internationale Kosovo Sondertribunal heißt offiziell „Kosovo Specialist Chambers & Specialist Prosecutor’s Office“ (KSC). Es wurde eingesetzt, um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen, die zwischen Anfang Januar 1998 und Ende Dezember 2000 stattgefunden haben. Es geht um standrechtliche Erschießungen, Entführung, politisch motivierte Morde, Folter, sexualisierte Gewalt, Drogen- und Organhandel, sowie die Tötung von Zivilisten, auch nach dem Abzug der Serben im Juni 1999.

Ein Bericht des Europarats von 2011 bringt die genannten Verbrechen mit ehemaligen Mitgliedern der UCK in Verbindung. Dieser entstand unter der Leitung des Schweizer Dick Marty und ist im Kosovo vielen ein Begriff, denn er nennt Namen ehemals hochrangiger UCK-Mitglieder, darunter des Präsidenten Hashim Thaci und des langjährigen Parlamentspräsidenten Kadri Veseli.

Im Juli 2019 war der kosovarische Regierungschef Ramush Haradinaj zurückgetreten, nachdem er von einem Sondergericht für Kriegsverbrechen vorgeladen worden war. Ihm wurden Verbrechen an der serbischen Zivilbevölkerung vorgeworfen.

#### **Nach Nato-Bombardements**

Das Kosovo, das nach dem Nato-Angriff auf Jugoslawien 1999 jahrelang unter UN-Verwaltung stand, hatte im Februar 2008 mit Rückendeckung der USA und führender EU-Staaten seine Unabhängigkeit erklärt. Serbien verkündete, es werde den Verlust von 15 Prozent seines Gebietes niemals akzeptieren. Die UN-Vetomacht Russland kündigte an, nur eine Lösung mit Zustimmung Serbiens mitzutragen.

Obwohl mehr als die Hälfte der 192 UN-Nationen das Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt haben, geht Russland von der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates aus, die alle UN-Mitgliedstaaten zur Wahrung der „Souveränität und Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien“, deren Rechtsnachfolger Serbien ist, verpflichtet.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31829/72/318297253\\_0:0:5538:2996\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_ecd97f38e0e8e58cccd1d380069b1b2d.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31829/72/318297253_0:0:5538:2996_1000x541_80_0_0_ecd97f38e0e8e58cccd1d380069b1b2d.jpg)

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**  
Heute haben unsere Beobachter unter Einsatz optischer Aufklärungsmittel die Bewegung einer **Diversions- und Erkundungsgruppe** aus sechs Kämpfern des 137. Bataillons der 35. Brigade **in Richtung der Positionen der Volksmiliz im Gebiet von Sajzewo (jushnoe)** festgestellt.

Unsere Verteidiger hielten das Regime der Feueereinstellung ein und setzten die Beobachtung der hinterhältigen Handlungen des Feindes fort. **Bei der Bewegung der Gruppe in der Nähe der Positionen des Gegners wurde festgestellt, dass zwei Minen detonierten.**

Nach vorliegenden Informationen wurden zwei Soldaten der BFU infolge der Detonationen verletzt, ein weiterer starb vor Ort.

Nach diesem Vorfall eröffneten die ukrainischen Kämpfer das **Feuer in Richtung Sajzewo**, nachdem sie eine **Drohne des Typs „Phantom“ zur Feuerleitung** gestartet hatten. Dank sachkundiger und koordinierter Handlungen der Soldaten der Luftabwehreinheiten und der Mannschaften der elektronischen Kriegführung einer Station „Triton-M1“ wurde die **ukrainische Drohne abgeschossen**, was die Besatzer zwang, den Beschuss einzustellen. Auf Anfragen des GZKK der ukrainischen Seite haben wir eine Sicherheitsgarantie zur Bergung der Leiche des ukrainischen Soldaten gewährt. Aber bis jetzt hat die ukrainische Seite keinerlei Aktivitäten zur Bergung des toten Diversanten unternommen und nur den Beschuss in dieser Richtung verstärkt.

Wir überzeugen uns ein weiteres Mal von der Gleichgültigkeit des Kommandos der Marineinfanterie der ukrainischen Streitkräfte gegenüber dem Personal, welches schon oft seine Soldaten zum Sterben an die Front warf.

de.sputniknews.com: **Russland entwickelt Triebwerk für Flüge außerhalb des Sonnensystems – Roskosmos-Chef**

Laut Dmitri Rogosin, dem Chef der russischen Weltraumbehörde Roskosmos, arbeitet

Russland intensiv daran, einen nuklearen Raumfahrtantrieb zu entwickeln, um schwere Raumschiffe in den fernen Kosmos schicken zu können.

Mithilfe von traditionellen chemischen Triebwerken, die unter anderem auf Sauerstoff-Verbrennung basieren, sei es unmöglich, zu fernen Planeten zu fliegen, sagte Rogosin gegenüber russischen Medien am Montag.

„Nur so ein starkes Potenzial der Triebwerke, das es wie ein Ionentriebwerk funktionieren lässt, nur dies wird es dem Schiff ermöglichen, die Planeten des Sonnensystems zu erreichen und möglicherweise in Zukunft aus dem Sonnensystem auszubrechen“, fügte der Roskosmos-Chef hinzu.

Derzeit entwickeln Experten von Roskosmos ein Transport- und Energiemodul, das auf einem nuklearen Antriebssystem der Megawatt-Klasse basiert.

Im Januar 2020 hatte ein Vertreter des Unternehmens Pläne bekanntgegeben, 2030 einen Weltraum-Atomschlepper für Flugtests im Orbit zu starten. Danach könne mit der Massenproduktion begonnen werden, hieß es damals.

**Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**  
Die ukrainischen Besatzer haben wieder das Feuer auf das Territorium unserer Republik eröffnet.

Kämpfer der 10. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch das Feuer auf **Kominternowo** mit 120mm-Mörsern eröffnet. Zum Zeitpunkt des Beschusses befanden sich die Einwohner in ihren Häusern.

Infolge des hinterhältigen Beschusses wurde ein Stromleitung beschädigt, in der Ortschaft fiel der Strom aus. Zusätzliche Informationen über Zerstörungen und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Durch adäquate Handlungen der Einheiten der Volksmiliz der DVR wurde die **Feueraktivität des Gegners unterbunden**. Der Gegner erlitt Verluste, nach vorläufigen Informationen starben zwei Kämpfer, einer wurde verletzt. Die ukrainischen Strafsoldaten haben ein weiteres Mal ihre völlige Gleichgültigkeit gegenüber der Zivilbevölkerung des Donbass gezeigt, ihr Bestreben nach Frieden durch Mörserfeuer auf eine Ortschaft demonstriert und dabei die Normen der Genfer Konvention und das humanitäre Recht verletzt.

Alle Materialien zu den Ergebnissen der verbrecherischen Handlungen werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie dem Strafverfahren gegen den Kriegsverbrecher Subanitsch zu übergeben.

de.sputniknews.com: **Roskosmos-Chef vergleicht Mond-Programm der USA mit „Weltraum-Nato“**

Das Mond-Programm der USA ist aus Expertensicht auf die Schaffung einer Art weltraumgestützter Nato gerichtet. „Washington soll dabei die führende Rolle zukommen, was Russland nicht akzeptieren kann“, sagte der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, am Montag dem Radiosender KP.

Russland werde sich nicht an dem Projekt beteiligen.

**"Politisches Projekt" Mond**

„Für die USA ist das (der Mond-Flug) eher ein politisches Projekt. Dabei sehen wir eine Abkehr unserer US-amerikanischen Partner von Prinzipien der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Beistands, die sich bei der Kooperation im Rahmen des ISS-Projekts herauskristallisiert haben“, sagte Rogosin.

Alle sollen Amerika helfen und zahlen. „Ehrlich gesagt, haben wir wenig Interesse, in ein solches Projekt einzusteigen“, fügte er hinzu.

**US-Expansionspläne im All**

US-Präsident Donald Trump hatte zuvor eine Verordnung unterzeichnet, die das Recht der

US-Amerikaner auf Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper bekräftigen soll. Demnach soll das US-Außenministerium in den nächsten sechs Monaten entsprechende Vereinbarungen mit anderen Ländern besprechen. Später verurteilte Roskosmos die US-Pläne. Die Versuche, sich den Weltraum anzueignen, und aggressive Pläne zu einer faktischen Ergreifung von Territorien anderer Planeten würden andere Länder „kaum auf eine fruchtbare Zusammenarbeit einstimmen“, meinte der Roskosmos-Vizechef Sergej Saweljew.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32543/96/325439617\\_0:0:2048:1109\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_d07f4639602c6d5f84e7f5bd1cc1f4c2.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32543/96/325439617_0:0:2048:1109_1000x541_80_0_0_d07f4639602c6d5f84e7f5bd1cc1f4c2.jpg)

**vormittags:**

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. Juli wurden drei Feuerangriffe von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine auf das Territorium der LVR registriert. Beschossen wurden **Logwinowo, Beresowskoje** und **Donezkij**. Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen, insgesamt 25 Geschosse. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Feuer in Anlage für LNG-Produktion im Iran – Medien**

Im Nordosten des Irans hat es in einer Anlage für die Herstellung von Flüssigerdgas (Abkürzung LNG für: Liquefied Natural Gas) gebrannt. Dies berichtet der iranische Sender „Press TV“.

Der Vorfall ereignete sich in der Erdgaskondensat-Fabrik in der Stadt Fariman.

Das Feuer wurde laut den Behörden gelöscht. Die Ursache des Zwischenfalls sei bislang nicht bekannt. Es wurden keine Verletzten gemeldet. Es gibt keine weiteren Informationen.

**Frühere Vorfälle im Iran**

In einem Kraftwerk im Südwesten Irans war es Anfang Juli zu einer Explosion und einem anschließenden Brand gekommen.

Ende Juni hatte es eine Explosion in Parchin im Osten Teherans gegeben. Parchin ist ein Militärkomplex.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 13. Juli 3:00 Uhr bis 14. Juli 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von

Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7, Sajzewo), Kominternowo.**

Infolge des Mörserbeschusses auf Kominternowo wurden ein Stromleitung sowie zwei Wohnhäuser beschädigt:

Achmatowoa-Straße 33 und 35 (Fensterverglasung, Dach, Fassade).

Außerdem geriet **Staromichajlowka** unter Beschuss, im Ergebnis wurden folgende Schäden festgestellt:

- Pionerskaja-Straße 17 (Dach);

- Pionerskaja-Straße 19 und 21 (Zaun).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 22.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 24.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Türkei antwortet auf Kritik an Vorgehen auf Zypern – „Doppelmoral“ der EU bezüglich Libyen**

Der türkische Außenminister Hami Aksoy hat auf die Forderungen der EU reagiert, die die Außenminister der 27 Mitgliedstaaten am Montag in Brüssel erhoben haben. Dabei geht es um das Waffenembargo gegen Libyen sowie um die Eskalation zwischen Griechenland und der Türkei auf Zypern.

Die EU-Außenminister hätten sich bei einem Treffen in Brüssel am Montag darauf geeinigt, die vollständige Wirksamkeit der EU-Mission Irini bezüglich des Waffenembargos gegen Libyen zu garantieren, sagte der Hohe EU-Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrel. Die Minister haben sich laut ihm verständigt, an die Türkei zu appellieren, das Waffenembargo einzuhalten.

„Falls die EU ihren Beitrag zur friedlichen Krisenbewältigung in Libyen leisten will, muss sie auf die Doppelmoral verzichten, die mit der Operation Irini verbunden ist, und die internationale Legitimität der Regierung der nationalen Übereinkunft in Libyen aufgrund der Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates unterstützen“, entgegnete Aksoy.

**Waffenembargo gegen Libyen**

Nach dem Sturz von Langzeitmachthaber Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 war in Libyen ein Bürgerkrieg ausgebrochen. Unzählige Milizen kämpfen in dem nordafrikanischen Land um Macht und Einfluss. Das Waffenembargo gegen Libyen besteht schon seit 2011, ist aber faktisch unwirksam. Die Europäische Union überwacht das Verbot von Waffenlieferungen seit kurzem wieder mit Schiffen auf dem Mittelmeer im Rahmen der Operation Irini.

Anfang Juni hatte der UN-Sicherheitsrat das Waffenembargo gegen Libyen um vorerst zwölf Monate verlängert.

**Spannung im östlichen Mittelmeer**

Überdies hätten die EU-Außenminister die Notwendigkeit von potenziellen Gegenmaßnahmen betont, die als Reaktion auf das Vorgehen der Türkei im östlichen Mittelmeer ergriffen werden sollen, unter anderem auf die Gaserkundungen- und Bohrungen in der ausschließlichen Wirtschaftszone von Zypern, teilte Josep Borrel mit.

„Die türkische Position zu den Problemen im östlichen Mittelmeer ist bekannt. Als erster Schritt für ihre Lösung gilt ein Kooperationsmechanismus im Bereich des gerechten Austausches von Kohlenwasserstoffressourcen zwischen den zwei Völkern der Insel, die Erneuerung von Dialogkanälen mit der Türkei sowie die Schaffung einer Atmosphäre des Dialoges und der Zusammenarbeit in der Region ohne Vorbedingungen“, reagierte der türkische Außenminister.

Ihm zufolge könnte die Eskalation im östlichen Mittelmeer ausschließlich auf diesem Wege gestoppt werden.

### **Gasstreit auf Zypern**

Zypern ist in einen nur von der Türkei anerkannten Norden – die sogenannte Türkische Republik Nordzypern – und in einen griechischen Süden geteilt. Die gesamte Insel ist als Republik Zypern international anerkannt und seit 2004 EU-Mitglied.

Die Türkei und die Republik Zypern streiten sich um Öl- und Gasvorkommen auf dem Festlandssockel der Insel. Aus EU-Sicht unternimmt die Türkei unbefugte Gaserkundungen und -bohrungen vor Zypern.

### **Mzdnr.ru: Am 13. Juli wurden in der DVR 36 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.**

Alle neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu bereits vorher Erkrankten. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Nach zwei negativen Tests wurden drei Menschen als gesund entlassen.

Außerdem gab es zwei Todesfälle – ein Mann im Alter von 69 Jahren und eine Frau im Alter von 75 Jahren.

Am 14. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1398 Fälle von Infektionen registriert. 695 Patienten sind derzeit in Behandlung, 621 als gesund entlassen, es gibt 82 Todesfälle.

### **de.sputniknews.com: Syrischer Kämpfer: „Wir hatten US-Ausbilder“**

Ein in Syrien festgenommener Militanter der Gruppierung „Maghawir ath-Thawra“ hat mitgeteilt, dass er von US-amerikanischen Instruktoren trainiert wurde.

Früheren Berichten zufolge hat die syrische Regierungsarmee drei Kämpfer von „Maghawir ath-Thawra“ in der Nähe von Palmyra festgenommen, nachdem sie in ein Minenfeld geraten waren. Ihren Angaben zufolge wurden sie ausgeschickt, um Informationen über russische, iranische und syrische Ziele zu sammeln.

„Amerikanische Ausbilder brachten uns den Umgang mit allen Waffentypen bei. Alle Waffen waren aus US-Produktion“, erzählte einer der Festgenommenen, Abdullah al-Mischuat.

Er habe amerikanische Ausbilder gesehen, sie kämen zum Training, leiten den Unterricht selbst aber nicht, sagte er. Sie beobachteten aus der Ferne und bewerteten den Fortschritt.

„Die Übungen waren schwierig, sie dauerten zwei oder drei Stunden, nicht weniger“, so der festgenommene Kämpfer. Ihm zufolge trainierten sie mit US-Waffen, beim Auskundschaften hatten sie aber russische Waffen.

Die Gruppe, die in ein Minenfeld geriet, bestand laut den Angaben der Häftlinge aus acht Menschen, darunter ein Begleiter. Er und einige weitere Gruppenmitglieder starben bei einer Minenexplosion.

„Wir wurden zum Auskundschaften ins Gouvernement Rakka geschickt, in die Stadt Al-Mansura. Wir sollten Angaben über russische, iranische und syrische Anlagen sammeln“, sagte al-Mischuat.

Die Gruppe soll für die Ausführung der Aufgabe mehrere Tausend US-Dollar erhalten haben. Das Geld hätte der Gruppenkommandant gehabt. „Er wurde von einer Mine in die Luft gesprengt, und wir haben alles verloren“, erzählte der Häftling.

Alle drei festgenommenen Kämpfer sind derzeit vor Ort bei den syrischen Truppen inhaftiert. Bei ihnen wurden Maschinengewehre, Granaten, eine große Menge Munition sowie Geld und

Drogen gefunden. Syrische Geheimdienste werden nun ihre Aussagen überprüfen und versuchen, ihre Beteiligung an anderen illegalen Operationen festzustellen.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31634/26/316342604\\_0:180:3119:1868\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_59f03643dfab884ef8d094a6fb8a83a3.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31634/26/316342604_0:180:3119:1868_1000x541_80_0_0_59f03643dfab884ef8d094a6fb8a83a3.jpg)

### Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die Unfähigkeit des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte, das Leben und die Gesundheit seiner Untergebenen zu schützen, sowie der gescheiterte Ausfall einer Diversions- und Erkundungsgruppe hat dessen Organisator, den Kommandeur der 35. Marineinfanteriebrigade Palas, nichts gelehrt.

Wie wir zuvor mitgeteilt hatten, haben sechs Diversanten aus der 35. Brigade den Versuch eines Ausfalls zum vordersten Bereich im Gebiet von Sajzewo unternommen. Infolge des Geratens auf eigene Minen erlitt der Gegner Verluste: einer starb vor Ort, zwei wurden verletzt. Die Gleichgültigkeit des Marineinfanteriekommandos der ukrainischen Streitkräfte gegenüber dem Personal führte dazu, dass der tote Soldat am Explosionsort zurückblieb. Dabei hat die Volksmiliz auf Anfrage des GZKK der ukrainischen Seite mehrfach Sicherheitsgarantien zur Bergung der Leiche des toten ukrainischen Soldaten gewährt. Als Erwiderung haben die Kämpfer nur den Beschuss unter Einsatz einer Drohne verstärkt. Später gelang es uns, die Leiche des Soldaten des 137. Bataillons der 35. Brigade, der vom Marineinfanteriekommando zurückgelassen wurde, zu bergen, und wir sind bereit, ihn den Verwandten für eine Beerdigung nach christlichen Gebräuchen zu übergeben.

Aber inzwischen hat das ukrainische Kommando, um unsere humanitären Zwecke zu diskreditieren, anstatt sich an uns mit der Frage der Möglichkeit einer Übergabe der Leiche zu wenden und ohne an den Schutz seiner Soldaten zu denken, sich dringend an ukrainische Fernsehsender um Hilfe gewandt, um eine inszenierte Show zu erstellen.

Gesondert merken wir an, dass die sich bei dem toten Diversanten befindende Ausrüstung und Waffe (Maschinenpistole AKM-TK7) direkt auf einen nicht friedliebenden Plan der Erkundungsgruppe des Gegners verweisen.

Die Grobheit des Marineinfanteriekommandos der ukrainischen Streitkräfte bei der Leitung seiner Untergebenen zeugt ein weiteres Mal von der Unfähigkeit Kampfhandlungen ohne Verluste zu führen.

Seit der Ankunft der 35. Brigade in der OOS-Zone betragen die nicht kampfbedingten Verluste des Gegners bis zum 14. Juli drei Tote und 16 Verletzte.

### de.sputniknews.com: **Plateau bei Ölgewinnung in den USA erreicht – Branchenriese**

Der Höhepunkt bei der Ölgewinnung in den USA ist überschritten. Das teilte der Chef des Branchenriesen Parsley Energy, Matt Gallagher, in einem Interview mit der Zeitung „The Financial Times“ mit.

Die USA sind Gallagher zufolge nicht mehr in der Lage, 13 Millionen Barrel Öl täglich zu produzieren. Nach Angaben des US-Energieministeriums hatte das Land die höchsten Gewinnzahlen in seiner Geschichte im November 2019, als es 12,9 Millionen Barrel pro Tag förderte. Im Februar dieses Jahres waren es 12,8 Millionen Barrel.

Wie das Forschungsunternehmen ShaleProfile Analytics zuvor berichtete, laufen die USA Gefahr, bis zu einem Drittel ihrer Schieferölproduktion zu verlieren. Gründe dafür sind ein Rückgang der Rohstoffpreise und eine Rekordverringerung der Anzahl der in Betrieb stehenden Bohranlagen (bis zu 318 Einheiten). Die 15 größten Schieferölunternehmen des Landes haben ihre Budgets für die Erschließung neuer Lagerstätten um durchschnittlich 48 Prozent gekürzt.

Die Ölpreise fielen aufgrund der sinkenden Nachfrage wegen der Coronavirus-Pandemie und des erfolglosen ersten OPEC+-Deals zwischen Russland und Saudi-Arabien. Für die meisten amerikanischen Unternehmen ist die Produktion unrentabel, wenn die Rohstoffkosten unter 40 US-Dollar pro Barrel liegen.

Analysten von IHS Markit sagten jedoch, dass die Stabilität des Ölmarktes zerstört wird, wenn die Ölpreise diese Marke erreichen, da die US-Schieferölproduzenten sich nicht zu Reduzierungen im Rahmen von OPEC+ verpflichtet haben.

### **Mil-Inr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 14. Juli 2020**

Nach genaueren Informationen der Vertretung der LVR im GZKK wurde gestern während des Beschusses von **Donezkij** durch Kämpfer der 93. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Bryshinkij mit Schützenpanzerwaffen ein Wohnhaus im Stadtteil des 30. Jahrestag des Sieges 3/64 beschädigt.

Durch adäquate Handlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR wurde die **Feueraktivität des Gegners unterbunden**.

Der Gegner erlitt Verluste, nach vorläufigen Informationen wurden zwei Kämpfer verletzt. Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte und der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss werden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie dem Strafverfahren gegen den Kommandeur der 93. Brigade der BFU Bryshinskij hinzuzufügen.

### **de.sputniknews.com: Selbstgemachte Bombe explodiert bei Patrouille in Syrien – russische und türkische Militärs verletzt**

Nahe der syrischen Ortschaft Ariha haben Terroristen auf dem Weg einer Autokolonne der russisch-türkischen Patrouille eine selbstgemachte Bombe gezündet. Das gab am Dienstag das russische Zentrum für die Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien bekannt.

Der Vorfall ereignete sich demnach am Dienstag um 08:50 Uhr (Moskauer Zeit) während der 20. gemeinsamen russisch-türkischen Patrouille der Autostraße M4 nahe der Ortschaft Ariha im südlichen Teil der Deeskalationszone von Idlib.

Drei russische Militärs wurden dabei leicht verletzt. Auch türkische Soldaten erlitten Verletzungen.

„Das Patrouillieren wurde eingestellt, die beschädigte Technik wird derzeit evakuiert“, heißt es.

„Das Kommando der russischen Truppeneinheiten in der Syrischen Arabischen Republik ermittelt zusammen mit den türkischen Militärs und den syrischen Sicherheitsbehörden die Beteiligung von in der Deeskalationszone Idlib tätigen Kämpfern an dem Angriff auf die Kolonne.“

Alle Verletzten wurden operativ evakuiert. Die russischen Militärs wurden zum

Luftstützpunkt Hmeimim gebracht, wo sie die notwendige medizinische Hilfe erhielten. Bei der Attacke wurden ein Transportpanzer der russischen Militärpolizei und ein türkischer Panzerwagen beschädigt.

Anfang Juni war gemeldet worden, dass auf der Patrouillenroute der russischen Militärpolizei in der Stadt Kobane im syrischen Gouvernement Aleppo eine selbstgebaute Bombe explodiert war. Damals gab es keine Verletzten.

### **Putin-Erdogan-Vereinbarung**

Im Oktober 2019 hatten die Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, in der südrussischen Stadt Sotschi ein Zehn-Punkte Memorandum unterzeichnet. Demnach sollten die russische Militärpolizei und der syrische Grenzdienst beim Abzug der kurdischen Volksmilizen und ihrer Waffen aus der 30-Kilometer-Pufferzone an der syrisch-türkischen Grenze Unterstützung leisten.

Später hatte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu mitgeteilt, dass die Kurden ihren Rückzug vorfristig vollzogen hätten. Russland und die Türkei hätten dort mit dem gemeinsamen Patrouillieren begonnen.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32660/54/326605401\\_0:159:3220:1901\\_1000x54180\\_0\\_0\\_e7e3b5e1ba633796739cc7956ad03b12.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32660/54/326605401_0:159:3220:1901_1000x54180_0_0_e7e3b5e1ba633796739cc7956ad03b12.jpg)

**nachmittags:**

### de.sputniknews.com: **Großbritannien schickt Flugzeugträger zur Eindämmung Chinas – Zeitung**

Großbritannien will seinen neuen Flugzeugträger „Queen Elizabeth“ in den asiatisch-pazifischen Raum schicken, um China einzuschüchtern. Darüber berichtet die Zeitung „The Times“ am Dienstag unter Berufung auf informierte Kreise.

Das Schiff soll Anfang nächsten Jahres seine Reise antreten, begleitet von zwei Zerstörern, zwei Tankern und mehreren Hubschraubern. Das 3,9 Milliarden US-Dollar teure Schiff mit einer Besatzung von mindestens 700 Menschen wird zwei Staffeln von Stealth-Jagdbombern des Typs F-35B Lightning II an Bord haben, darunter Flugzeuge des US-Marine-Corps und der britischen Luftwaffe.

Der Flugzeugträger wird militärische Übungen mit Verbündeten wie den USA und Japan durchführen. Eine Zeit lang wird er auch als „schwimmende Messe“ funktionieren, wo verschiedene Verträge ausgehandelt werden könnten, hieß es.

„Ein Flugzeugträger wird die Nato im Nordatlantik unterstützen. Wo könnte der zweite stationiert werden? Auf den wichtigsten Handelswegen, um der steigenden Gefahr seitens China etwas entgegenzusetzen“, sagte eine nicht genannte Quelle der Zeitung.

Das britische Militär könnte nach einer Variante des Plans auch Australien und Kanada zum Mitmachen einladen. Sie würden dann mehrere Militärschiffe und U-Boote zur Begleitung

der Schlaggruppe schicken. Dabei sagte ein Vertreter des britischen Verteidigungsministeriums der Zeitung, dass „keine Entscheidung über die Stationierung der ‚Queen Elizabeth‘ getroffen wurde“. Die Pläne zu einer Stationierung im asiatisch-pazifischen Raum würden im Rahmen der Revidierung der außenpolitischen und Sicherheitsstrategie Großbritanniens erwogen.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31632/78/316327814\\_0:213:3000:1836\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_1bb1e6f1b9693e3e945345a828bc14f4.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31632/78/316327814_0:213:3000:1836_1000x541_80_0_0_1bb1e6f1b9693e3e945345a828bc14f4.jpg)

#### de.sputniknews.com: **Nach Abkommen mit Taliban: US-Streitkräfte verlassen fünf Militärbasen in Afghanistan**

Mehr als vier Monate nach dem Abkommen zwischen den USA und der islamistischen Taliban-Bewegung haben die US-Streitkräfte in Afghanistan fünf ihrer Militärstützpunkte verlassen.

Den Angehörigen der US-Armee zufolge sind die Soldaten unter anderem in den Provinzen Helmand, Urusgan, Paktika und Laghman aus ihren Stützpunkten abgezogen worden, wobei konkrete Standorte nicht genannt wurden. Den Teilrückzug der US-Armee bestätigte auch der US-Sondergesandte für Aussöhnung in Afghanistan, Zalmay Khalilzad.

„Wir haben Tag 135 erreicht, einen wichtigen Meilenstein bei der Umsetzung des US-Taliban-Abkommens“, twitterte Khalilzad.

Gleichzeitig verurteilte er den Taliban-Anschlag vom Montag, bei dem mindestens zehn Menschen ums Leben gekommen waren.

Die Truppenreduzierung und Schließung von Stützpunkten sollten laut der Vereinbarung innerhalb von 135 Tagen erfolgen. Die Frist war am Montag verstrichen. Bereits Mitte Juni hatten die USA die Anzahl ihrer Soldaten auf 8600 reduziert. ...

#### dnronline.su: **Denis Puschilin gratulierte zukünftigen Mitarbeitern der Organe der Staatssicherheit zum Abschluss ihres Studiums**

Am 14. Juli nahm das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin an einer feierlichen Veranstaltung aus Anlass des Abschlusses der Kursanten der Spezialfakultät zur Ausbildung juristischer Kader für die Organe der Staatssicherheit teil. Die Veranstaltung fand im Park des Zentrums für slawische Kultur in der Hauptstadt am Denkmal für die „Tschechisten-Kämpfer, Verteidiger des Donbass“ statt.

Das Republikoberhaupt unterstrich, dass von den persönlichen und beruflichen Qualitäten der jungen Offiziere der Schutz der staatlichen Interessen und der Souveränität des Landes abhängt.

„Genossen Absolventen! An diesem Ort haben Sie, als Sie in die Reihen der Kursanten eintraten, den Eid auf die Treue zur Donezker Volksrepublik abgelegt. Heute begrüße ich Sie

nun schon als Absolventen.

Ich gratuliere zum erfolgreichen Abschluss des Studiums und zur Verleihung des Rangs eines Leutnants. Ab dem heutigen Tag sind Sie Offiziere, denen eine sehr wichtige, verantwortungsvolle und schwierige Arbeit bevorsteht. Von der Professionalität, Wachsamkeit und Selbstlosigkeit eines jeden von Ihnen werden die zuverlässige Ausführung der Gesetze, der Schutz der staatlichen Interessen und der Souveränität des Landes, die Ruhe unserer Bürger abhängen“, sagte Denis Puschilin zu den Absolventen.

Das Staatsoberhaupt unterstrich die Aufgabe, die die ersten Absolventen der Spezialfakultät erwartet.

„Die Entstehung und Entwicklung der DVR erfolgt unter schwierigen Kriegsbedingungen. Im Versuch die Lage in der Republik zu destabilisieren und Chaos zu säen, setzen unsere Feinde die verschiedensten Methoden ein. Falschmeldungen, Anwerbung von Agenten, Diversionen – Mittel, die sie nutzen, um Daten über das Verteidigungs- und Wirtschaftspotential unseres Staates zu erhalten. Ihre Aufgabe ist es, die Herausforderungen und Gefahren von außen adäquat einzuschätzen, dem Feind keine Chance zur Umsetzung seiner Pläne zu geben. Jetzt sind gerade Sie Organisatoren des Kampfes gegen den Terrorismus, gegen Diversionen, besondere gefährliche Formen von Kriminalität, die auf die Untergrabung der Staatlichkeit der Donezker Volksrepublik gerichtet sind!, sagte das Staatsoberhaupt....



[https://dnronline.su/wp-content/uploads/2020/07/Diplomy\\_MGB\\_140720-2.jpg](https://dnronline.su/wp-content/uploads/2020/07/Diplomy_MGB_140720-2.jpg)

deutsch.rt.com: **Großbritannien schließt Huawei vom Ausbau seines 5G-Netzes aus**

Der chinesische Technologiekonzern Huawei soll nun endgültig nicht am Ausbau des superschnellen 5G-Mobilfunknetzes in Großbritannien beteiligt werden. Das teilte der zuständige britische Minister Oliver Dowden am Mittwoch im Parlament in London mit. Der Kauf von Huawei-Komponenten für Netzwerkanbieter in Großbritannien soll demnach von Ende dieses Jahres an verboten sein. Bereits verbaute Teile sollen bis 2027 entfernt werden, so Dowden. Noch Anfang des Jahres hatte die Regierung von Premierminister Boris Johnson eine Beteiligung Huaweis zumindest teilweise erlaubt. Erwartet wird, dass der Ausbau des 5G-Netzes in Großbritannien durch die Kehrtwende nun um Jahre zurückgeworfen wird.

Grund für den Schritt sind nach Angaben der Regierung neben Sicherheitsbedenken auch die Folgen der kürzlich verhängten US-Sanktionen gegen Huawei. Washington versucht seit Monaten, Druck auf seine Partner auszuüben, Huawei vom Ausbau seiner 5G-Netze auszuschließen. Großbritannien hofft auf ein lukratives Handelsabkommen mit den USA nach dem Austritt aus der Europäischen Union. Ein Streit um Huawei hätte die Verhandlungen

erheblich belasten können.

Doch auch mit China hofften die Briten nach dem Brexit auf ein erhöhtes Handelsvolumen. Doch die Beziehungen mit Peking sind derzeit durch den Streit um das von China eingeführte Sicherheitsgesetz in der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong ohnehin erheblich angespannt.

Der Kurswechsel der britischen Regierung kommt die Mobilfunk-Provider des Landes teuer zu stehen. Da die vierte Mobilfunkgeneration 4G (LTE) und 5G technisch aufeinander aufbauen, hätte bereits vorhandene LTE-Technik von Huawei vergleichsweise einfach auf 5G aufgerüstet werden können. Wenn man im 5G-Netz Huawei jedoch als Anbieter ausschließt, müssen auch die 4G-Anlagen der Chinesen im Rahmen der 5G-Aufrüstung entfernt werden, obwohl die eigentlich noch voll funktionsfähig sind. Daher wehren sich auch die Provider in Deutschland dagegen, Huawei aus dem Kreis der Wettbewerber zu verbannen. Allerdings verwenden weder die Telekom noch Vodafone und Telefónica Huawei in ihren Kernnetzen.

### **armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 14.07.2020**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK **viermal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer der 35. Brigade auf Befehl des Verbrechers Palas die **Siedlung des Bergwerks 6/7 und Sajzewo** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 79. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Luzenko **Staromichajlowka** mit Schützenpanzerwaffen beschossen. Dabei wurden drei Häuser in der Pionerskaja-Straße 17, 19 und 21 beschädigt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 10. Brigade auf Befehl des Verbrechers Subanitsch am Abend das Mörserfeuer auf **Kominternowo** eröffnet und 14 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert. Infolge des terroristischen Aktes der Kämpfer des 8. Bataillons der 10. Brigade wurden in der Ortschaft eine Stromleitung sowie zwei Häuser in der Achmatowa-Straße 33 und 35 beschädigt.

Durch adäquate Maßnahmen der Einheiten der Volksmiliz der DVR mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erlitt der Gegner Verluste: Feldwebel Je.A. Tschumatschenko wurde getötet, zwei weitere, die Soldaten A.W. Predoljak und P.W. Jakejew wurden verletzt.

Die Materialien zu Fällen von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die verbrecherischen Handlungen des Brigadekommandeurs Palas, Luzenko und Subanitsch hinzuzufügen.

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner Versuche unternommen, die Lage in Richtung Gorlowka zu destabilisieren.** Ein gescheiterter Ausfall einer Diversions- und Erkundungsgruppe des 137. Bataillons der 35. Brigade führte zu weiteren Verlusten für den Gegner: einer starb, zwei wurden verletzt.

Das Kommando der 35. Brigade in Gestalt des Kommandeurs Palas und des Kommandeurs des 137. Bataillons Oberleutnant Feditschew haben sich ein weiteres Mal vor ihren Untergebenen blamiert. Dass ukrainische Soldaten auf eigene Minen gerieten, zeugt davon, dass die Kommandeure der Einheiten die reale Lage nicht beherrschen und weiter unbedachte Anweisungen zur Verminung von Örtlichkeiten geben.

Ein weiteres Mal teilen wir mit, dass die Leiche des getöteten Soldaten der Diversions- und Erkundungsgruppe des 137. Bataillons der 35. Brigade von Verteidigern der Volksmiliz geborgen wurde. Wir sind bereit, sie der ukrainischen Seite zu übergeben.

Statt sich an uns mit der Frage über eine Möglichkeit der Übergabe der Leiche zu wenden, beschloss das ukrainische Kommando zur Hilfe von ukrainischen Journalisten zu greifen. Aber die für heute angekündigte Erklärung des Brigadekommandeurs Palas für ukrainische Massenmedien zu Erklärung der Umstände, dass Soldaten des 137. Bataillons der 35. Brigade der BFU im Gebiet von Sajzewo auf Minen gerieten, fand nicht statt, die am Passierpunkt „Majorskoje“ eingetroffenen Reporter sind fassungslos und erwarten Erklärungen. Wir empfehlen dem Stab der OOS, keine inszenierte Show auf den Bildschirmen des ukrainischen Fernsehen zu veranstalten um das ohnehin verlorene Vertrauen ihrer Untergebenen zu erhalten.

**Wir rufen unsererseits die Marineinfanteriesoldaten der ukrainischen Streitkräfte auf, sich der Ausführung verbrecherischer Befehle ihrer Kommandeure zu verweigern.**

Kehren Sie zu Ihren Familien zurück, solange Ihr Kommando Sie nicht umgebracht hat.

Unsere Aufklärung bemerkt ein **geringes Niveau der Ausstattung der Einheiten des 24.**

**Bataillons „Ajdar“ im Zusammenhang mit einem Ausbruch der Coronavirusinfektion.**

Zuvor hatten wir mitgeteilt, dass im Ergebnis einer vorsätzlichen Inbrandsetzung eines nicht genutzten Ural-Fahrzeugs zusammen mit diesem aus persönlicher Nachlässigkeit des Bataillonskommandeurs drei Nachtsichtgeräte „AN/PVS-14“, ein Quadrokopter vom Typ „Phantom“, ein Karabiner Remington 700 VARMINT des Kalibers 308 Win vernichtet wurden.

Zur Wiederbeschaffung des bei dem Brand verlorenen militärischen Materials und der Aufklärungsmittel befahl der Kommandeur der 53. Brigade Titenko den „Ajdarern“ Geldmittel aus ihren eigenen Taschen zu beschaffen. Im Ergebnis wandten sich aufgeweckten Kämpfer an Freiwillige um Hilfe und steckten sich bei ihnen mit Covid-19 an.

Inzwischen wurde auf Anweisung des Bataillonskommandeurs am Stationierungsort des 24. Bataillons „Ajdar“ eine gesonderte Kaserne ausgerüstet, in der 20 erkrankte Kämpfer isoliert sind. Zur Kontrolle, ob die Infizierten sich in der Isolierstation befinden und die Quarantäne einhalten, sind Soldaten der Militärkommandantur der 53. Brigade eingetroffen.

Beim Bericht an den Kommandeur der 53. Brigade begründete der Kommandeur des 24. Sturmbataillons „Ajdar“ Ptaschnik den Anstieg der Coronaviruserkrankungen unter seinen Untergebenen mit dem Kontakt mit Vertretern einer der Freiwilligenorganisationen und wies auf die katastrophale Lage des Bataillons im Zusammenhang mit der niedrigen Personalausstattung der Einheiten hin. **Es wurde angegeben, dass der derzeitige Personalmangel unter Berücksichtigung des Krankenstandes im 24. Bataillon der 53. Brigade 75 Prozent beträgt.** Im Zusammenhang damit bittet er darum 25 Soldaten aus anderen Einheiten zur Organisation der militärischen Dienste im Frontbereich abzukommandieren.

Es sind **weitere Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten** im Verantwortungsbereich der 54. Brigade festzustellen.

So fand in Memrik ein Streit mit tödlichem Ausgang zwischen Soldaten des 1129.

Abwehrregimentes und Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes aus der 54. Brigade statt. Der Mitarbeiter des Rechtsordnungsdienstes Feldwebel N.A. Iljin erlitt eine Stichverletzung im Bauchbereich. Nach unseren Informationen war die Ursache des Konflikts die Weigerung von drei betrunkenen Soldaten des 1129. Regiments, sich den zwei Vertretern des militärischen Rechtsordnungsdienstes unterzuordnen.

deutsch.rt.com: **Größenwahn? Deutscher UN-Botschafter will Russland und China im Sicherheitsrat isolieren**

Der deutsche UN-Botschafter Christopher Heusgen hat nach der Einigung zur sogenannten "Syrienhilfe" für das von al-Qaida kontrollierte Nordsyrien die Katze aus dem Sack gelassen. Gegenüber der ARD erklärte er, dass es darum ginge, Russland und China im Sicherheitsrat zu isolieren.

Nach intensiven und hart geführten Verhandlungen hatte sich der UN-Sicherheitsrat am Wochenende – nach anfänglicher massiver Ablehnung durch die USA und EU-Länder – auf den Vorschlag der Russischen Föderation geeinigt, Hilfsgüter für die letzte von Dschihadisten dominierte Region im Südwesten Syriens nur noch über einen türkisch-syrischen Grenzübergang ins Land zu lassen. Russland und auch China argumentierten, dass die Hilfslieferungen innerhalb Syriens und nicht über türkische Grenzposten verteilt werden können.

Am Ende der entscheidenden Sitzung im Sicherheitsrat gab der deutsche UN-Vertreter seiner Enttäuschung Ausdruck und erklärte - in einer sehr gewagten Sicht auf die Sachlage - gegenüber den russischen und chinesischen Vertretern:

„Sagt euren Regierungen, dass der deutsche Botschafter fragt, ob die Leute, die die Anweisung gegeben haben, 500.000 Kindern die Hilfe zu entziehen, morgen noch in den Spiegel schauen können.“

Nach der Sitzung im UN-Sicherheitsrat ließ Heusgen jedoch erkennen, worum es ihm bei der Auseinandersetzung mit Russland und China im UN-Sicherheitsrat wohl tatsächlich gegangen ist. Mit Sorge um die erwähnten 500.000 syrischen Kinder hatte das recht wenig zu tun. Gegenüber dem New York-Korrespondenten der ARD, Peter Mücke, erklärte er unmissverständlich:

„Immerhin sei es durch den öffentlichen Streit gelungen, Russland und China im Sicherheitsrat zu isolieren und in die Defensive zu bringen.“

Auf der aktuellen Bundespressekonferenz wollte RT Deutsch-Redakteur Florian Warweg von der Bundesregierung wissen, worin die "Isolierung und in die Defensive bringen" von Russland und China im UN-Sicherheitsrat bestand und was sich Deutschland davon erhofft. Die Antwort des Außenamtssprechers steht für sich:

„Das können Sie bewerten, wie Sie wollen.“

`<iframe width="740" height="416" src="https://www.youtube.com/embed/nE8SRJD7CBk" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/nE8SRJD7CBk>

de.sputniknews.com: **Türkei antwortet auf EU-Kritik zu Hagia Sophia**

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hat die Kritik aus der EU über die Umwandlung von Hagia Sophia in Istanbul in eine Moschee zurückgewiesen. Dabei erinnerte er an Moscheen in Spanien, die in christliche Kirchen umgewandelt worden waren.

„Wir lehnen die Kritik der EU ab. Das ist ein Thema, das mit unserer Souveränität verbunden ist“, sagte Cavusoglu den Journalisten am Dienstag in Ankara. Die Türkei werde Hagia Sophia wie früher bewahren. Dort würden muslimische Gebete verrichtet, der Zugang für Besucher werde aber offen bleiben, versprach der Politiker.

„In Spanien gibt es Moscheen, die in Kirchen umgewandelt wurden. Sollten wir nun das verurteilen und fordern, dass sie zurück in Moscheen verwandelt werden?“, sagte Cavusoglu. Zuvor hat der EU-Chefdiplomat Josep Borrell erklärt, dass die EU-Außenminister diese Entscheidung Ankaras verurteilen und die türkischen Behörden aufrufen, sie dringend zu prüfen und rückgängig zu machen.

Das Oberste Verwaltungsgericht der Türkei hat am 10. Juli die Entscheidung des Republikgründers Mustafa Kemal „Atatürk“ über den Museumstatus von Hagia Sophia aus dem Jahr 1934 gekündigt. Die Kirche soll ab dem 24. Juli als Moschee genutzt werden.

Die Hagia Sophia („Göttliche Weisheit“) wurde 537 als Reichskirche des griechisch-orthodoxen Kaiserreichs Byzanz geweiht und war die größte Kirche des Christentums. Nach der Eroberung Konstantinopels, des heutigen Istanbul, durch die türkischen Osmanen wurde sie 1453 zur Moschee umgebaut und mit Minaretten versehen.

Das Bauwerk steht auf der UNESCO-Liste des Welterbes.



[https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/07/0a/327483692\\_0:572:2730:2048\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_5f3e16a91e45f8a9ff7d50e0d95a9f6c.jpg](https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/07/0a/327483692_0:572:2730:2048_1000x541_80_0_0_5f3e16a91e45f8a9ff7d50e0d95a9f6c.jpg)

### de.sputniknews.com: **Gewalt an Grenze Aserbajdschan-Armenien: Eriwan meldet Tod von zwei Offizieren**

Das armenische Verteidigungsministerium hat am Dienstag den Tod von zwei Offizieren durch Beschuss von der aserbajdschanischen Seite aus im nordöstlichen Abschnitt der Staatsgrenze zwischen Armenien und Aserbajdschan gemeldet.

„Major Garusch Ambarzumjan und Hauptmann Sos Elbakjan wurden beim Beschuss von der gegnerischen Seite aus im nordöstlichen Abschnitt der armenisch-aserbajdschanischen Staatsgrenze tödlich verwundet“, schrieb die Sprecherin des Verteidigungsministeriums, Schuschjan Stepanjan, auf Facebook.

In einem weiteren Beitrag gab sie an, dass zivile Objekte des armenischen Dorfes Berd in der Region Tawusch von aserbajdschanischen Drohnen angegriffen worden seien. Es gebe keine Verletzten, hieß es.

Das Ermittlungskomitee Armeniens teilte ebenfalls am Dienstag mit, ein Strafverfahren wegen der Verletzung von zwei Polizisten bei Auseinandersetzungen an der armenisch-aserbajdschanischen Grenze eröffnet zu haben. Die beiden Beamten, die das Staubecken „Tawusch“ bewachten, seien beim Einschlag eines vom aserbajdschanischen Militär abgefeuerten Geschosses verletzt worden, meldete die Agentur RIA Novosti unter Verweis auf eine Mitteilung der Behörde.

#### **Auch Aserbajdschan beklagt Verluste**

Inzwischen meldete auch Baku den Beschuss vonseiten des armenischen Militärs und den Tod von zwei Offizieren, darunter eines Generals, in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Region Tovuz. Zudem sei dort ein Zivilist getötet worden, hieß es.

„(...) Zuvor haben Armenier mit schweren Waffen auf unsere Siedlungen geschossen. Infolgedessen wurden Zivilisten getötet, Wirtschaft, Eigentum und Infrastruktur schwer beschädigt. Die internationale Gemeinschaft und Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe der OSZE sollten darauf reagieren und die Angriffe der armenischen Militäreinheiten auf die Zivilbevölkerung Aserbajdschans nachdrücklich verurteilen“, hieß es in einer Mitteilung der Verwaltung der Region Tovuz, die RIA Novosti zur Verfügung steht.

#### **Russland könnte helfen**

Der Botschafter Aserbajdschans in Russland, Polad Bulbuloglu vertritt die Ansicht, dass Russland eine Kraft sei, die den Konflikt zwischen Eriwan und Baku regeln könne.

„Gestern war der aserbajdschanische Außenminister den ganzen Tag im Verhandlungsprozess, gestern rief Sergej Wiktorowitsch Lawrow an. Und es gab ein Gespräch mit der armenischen Seite (...) Russland ist der Moderator, der sowohl die Situation beruhigen als auch den Konflikt lösen kann“, sagte Bulbuloglu gegenüber russischen Medien.

Das russische Außenministerium gab wiederum an, dass Sergej Lawrow Telefongespräche mit Kollegen aus Eriwan und Baku geführt und diese zu einem sofortigen Waffenstillstand und zur Zurückhaltung anhand der eingegangenen Verpflichtungen aufgefordert habe.

### **Hintergrund**

Am Sonntag hatte das aserbajdschanische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass es an der Grenze zu Armenien zu einer bewaffneten Auseinandersetzung gekommen sei. Beide Seiten hatten nach Angaben der Behörde Verluste zu beklagen. Die Zusammenstöße dauern inzwischen den dritten Tag in den Nachbarregionen Tovuz und Tawusch an, die auch an Georgien grenzen und sich mehrere hundert Kilometer von dem nicht anerkannten Bergkarabach entfernt befinden, wo die Situation derzeit ruhig ist. Es wird in der Nähe des Dorfes Mowes geschossen, wo die Militärposten stationiert sind.

Aserbajdschan und Armenien machen sich für den Beschuss gegenseitig verantwortlich. Mehrere Länder und internationale Organisationen äußerten sich besorgt über die Lage an der armenisch-aserbajdschanischen Grenze und forderten die Parteien zum Dialog auf. Das russische Außenministerium erklärte sich bereit, Baku und Eriwan bei der Stabilisierung der Situation zu unterstützen.

### **Bergkarabach-Konflikt**

Im Februar 1988 war in dem mehrheitlich von Armeniern bewohnten und zu Aserbajdschan gehörenden autonomen Gebiet Bergkarabach ein Konflikt ausgebrochen, nachdem Bergkarabach seinen Austritt aus der Aserbajdschanischen SSR verkündet hatte. Im September 1991 wurde im Verwaltungszentrum von Bergkarabach, Stepanakert, die Republik Bergkarabach ausgerufen. Im Zuge des militärischen Konflikts in den Jahren 1992-1994 hatte Aserbajdschan die Kontrolle über Bergkarabach verloren.

Seit dem Jahr 1992 laufen Verhandlungen über eine friedliche Beilegung des Konflikts im Rahmen der Minsker OSZE-Gruppe. Es handelt sich eigentlich um einen Konflikt zwischen Armenien, das die Interessen der Republik Bergkarabach vertritt, und Aserbajdschan. Dieses besteht weiter auf der Rückgabe Bergkarabachs und Armenien auf dessen Unabhängigkeit von Aserbajdschan.

### **Mil-Inr.info: Bericht des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 14. Juli 2020**

Nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt.**

Kämpfer der 24. Brigade haben **Logwinowo** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Untergebene des Kriegsverbrechers und Kommandeurs der 93. Brigade Bryshinskij haben **Beresowskoje** und **Donezkij** mit Schützenpanzerwaffen beschossen, wo infolge der verbrecherischen Handlungen der Strafruppen ein Wohnhaus in der Straße des 30. Jahrestags des Sieges 3/64 beschädigt wurde.

Durch adäquate Handlungen der Verteidiger der Republik wurde die **Feueraktivität des Gegners unterbunden.** Zwei Kämpfer der 93. Brigade, die Soldaten Senskij und Baschew, wurden verletzt.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

### **Der Sicherheitsdienst der Ukraine verletzt weiter die Rechte von Bürgern der LVR und der Ukraine auf Schutz ihres Privatlebens.**

So wurde am KPP „Staniza Luganskaja“ die Ankunft von Spezialisten der Abteilung für Gegenaufklärung des Staatsschutzes im Bereich der Informationssicherheit bemerkt, die selektiv Smartphones von Personen, die auf das von der Ukraine kontrollierte Territorium einreisen kontrollieren und mit Hilfe eines speziellen Programms Kopien der gesamten Information und sogar von gelöschten Daten machen, die dann Spezialisten der Abteilung für Information und Analyse des SBU analysieren, um eine Beweisbasis für die Festnahme von Bürgern der LVR mit der Beschuldigung des Separatismus und zur Heranziehung zur

Zusammenarbeit zu bilden und um Aufklärungsdaten zu erhalten.

Wir warnen die Bürger der Republik vor der Unmöglichkeit einer gegenseitig nützlichen Zusammenarbeit mit Spezialdiensten der Ukraine. Alle, die dem Feind vertrauten, wurden vom verbrecherischen Kiewer Regime betrogen und festgenommen.

**Im Gebiet von Troizkoje ist eine Unzufriedenheit der örtlichen Bevölkerung mit der Entscheidung des Kommandeurs der 24. Brigade Gus über die Versorgung der Einheiten der Brigade mit Wasser unter Nutzung privater Brunnen und Bohrlöcher der Bevölkerung festzustellen.**

Unter Bedingungen von unzureichendem Wasser in der trockenen Jahreszeit sind Einheiten des rückwärtigen Dienstes ohne Zustimmung der Besitzer auf Grundstücke privater Häuser eingedrungen und entwässern mit Hilfe von Dieselpumpstationen Wasserquellen, die die Bevölkerung für ihren eigenen Bedarf braucht.

Ein Einwohner eines privaten Hauses in der Frunse-Straße, ein 54 Jahre alter Mann, versuchte Widerstand zu leisten und die Soldaten nicht auf sein Grundstück zu lassen, dabei erlitt er eine schwere Körperverletzung und wurde in eine Intensivstation eingeliefert. Zur Durchführung einer Ermittlung sind Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdiensten in dem Verband eingetroffen.

Um die Aktionen der Nichtunterordnung der Bürger zu unterbinden, hat der Wachdienst der Brigade die Patrouillen in der Ortschaft verstärkt und nimmt Männer fest, die sich in Gruppen von mehr als drei Personen auf der Straße versammeln.

Der Kommandeur des 3. Bataillons Postupalskij hat die Versorgung des Personals mit Wasser organisiert, unter anderem durch Heranziehung von Freiwilligen, die die notwendigen Entkeimungsmittel, Trinkwasser, Lebensmittel, Alkohol und einen Quadrokopter „Mavic Pro“ auf die Positionen geliefert haben, diese wurden für den persönlichen Gebrauch des Bataillonskommandeurs konfisziert, unter dem Vorwand, dass sie zur Rekognoszierung gebraucht würden. ...

### de.sputniknews.com: **Kramp-Karrenbauer wünscht EU gemeinsame Bedrohungsanalyse zu Russland**

Aufgrund der unterschiedlichen Wahrnehmung Russlands in der EU hat die Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer die Notwendigkeit einer gemeinsamen Analyse zu Russland unterstrichen.

Wie Kramp-Karrenbauer am Dienstag mitteilte, brauche die Europäische Union eine gemeinsame Russland-Analyse, um außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähiger zu werden. Derzeit gebe es in der EU ihrer Ansicht nach eine sehr unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung und eine sehr unterschiedliche Einschätzung, welche Rolle Russland spiele.

Darum sollten laut Kramp-Karrenbauer innerhalb der laufenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Arbeiten an einem sogenannten strategischen Kompass forciert werden. Dieser solle dann im Jahr 2022 fertig sein, wobei die dafür grundlegende Bedrohungsanalyse schon Ende dieses Jahres zur Verfügung stehen könne.

In der EU fühlen sich in erster Linie baltische Staaten und Polen von Russland nach dem Beitritt der Krim, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel im März 2014 bei einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte, verstärkt bedroht. Die Halbinsel hatte bis dahin zur Ukraine gehört. Damals hatte der Westen Russland Einmischung vorgeworfen und daraufhin Sanktionen gegen Russland eingeführt.

Allerdings pflegen einige EU-Länder vergleichsweise enge Beziehungen zu Russland, darunter Ungarn und Italien. Der südeuropäische Staat, dem Moskau während des Höhepunkts Hilfe im Kampf gegen das Coronavirus geleistet hatte, sprach sich wiederholt für ein Ende der Sanktionen gegen Russland aus und bezeichnete diese nur als ein „Instrument“, das nicht zum Selbstzweck werden sollte.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32634/32/326343238\\_0:336:3072:1998\\_1000x54180\\_0\\_0\\_fb6677d0533bb2d6b9a2ab0cb107fdf7.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32634/32/326343238_0:336:3072:1998_1000x54180_0_0_fb6677d0533bb2d6b9a2ab0cb107fdf7.jpg)

### de.sputniknews.com: **Nato-Aufklärer über Barentssee und Schwarzem Meer gesichtet**

Aufklärungsmaschinen von Nato-Mitgliedsstaaten sind nach Angaben des russischen Nationalen Zentrums für Verteidigungsverwaltung über dem Schwarzen Meer und der Barentssee registriert worden.

Die Maschinen flogen demzufolge in Richtung der russischen Grenze. Für die Identifizierung und das Abfangen der Ziele seien Jagdflugzeuge der Aufsichtseinheiten der Luftabwehr von der Nordflotte beziehungsweise des Militärbezirks Süd gestartet.

Es habe sich herausgestellt, dass sich über der Barentssee ein norwegischer Seefernaufklärer P-3C „Orion“, über dem Schwarzen Meer ein Patrouillenflugzeug Boeing P-8A „Poseidon“, eine strategische Aufklärungsmaschine Boeing RC-135 sowie eine Drohne MQ-9A „Reaper“ der US-Luftstreitkräfte befanden.

Russische Kampffjets hätten die Aufklärer in einer sicheren Entfernung begleitet. Als diese sich von Russlands Staatsgrenze entfernt hätten, seien die russischen Flugzeuge zu ihren Basisflugplätzen zurückgekehrt.

Die ausländischen Maschinen hätten die russische Grenze nicht verletzt. Die Flüge seien unter strikter Einhaltung der internationalen Regeln der Luftraumnutzung durchgeführt worden, so die Militärs.

### **abends:**

### de.sputniknews.com: **Korridor des Krieges: Wieso Moskaus Veto gegen deutsch-belgischen Entwurf Washington so verärgerte**

*Von Anton Lissizyn*

„Der Kampf der Resolutionen“ zu Syrien im UN-Sicherheitsrat ist zu Ende gegangen. Moskau und Peking legten ihr Veto gegen die Entwürfe der westlichen Länder ein, die die Nutzung der von Damaskus nicht kontrollierten Grenzübergänge für humanitäre Hilfen erlaubt hätten.

Die russischen Varianten wurden mehrheitlich abgelehnt. Im Ergebnis wurde ein Kompromiss gefunden. Wer letztendlich aus diesem Geschacher als Gewinner hervorging – das lesen Sie in diesem Artikel.

### **Zeitweilige Maßnahme**

Die Diskussion begann am 8. Juli, als Moskau und Peking ihr Veto gegen den Entwurf Deutschlands und Belgiens einlegten, der humanitäre Hilfslieferungen über die Grenzübergänge Bab as-Salam und Bab al-Hawa vorsah.

US-Außenminister Mike Pompeo erklärte sofort, dass Moskau und Peking ihr Vetorecht missbrauchen. Außerdem übte er Kritik an Damaskus. „Assad, Russland und China nehmen den Syrern Lebensmittel und Medikamente weg, was die ohnehin schreckliche Situation vor Ort verschlechtert“, so Pompeo.

Das werde nicht ohne Folgen bleiben, so Pompeo. „Russland und China rechnen vergeblich damit, dass sie davonkommen“, so Pompeo.

„Auf einer einzigen Passierstelle zu beharren ist zynisch, dadurch werden die Interessen der einfachen Menschen einfach übergangen“, sagte ein europäischer Diplomat dem katarischen Sender Al Jazeera.

Moskaus Vertreter bei der UNO, Wassili Nebensja, erklärte ausführlich, warum das russische Außenministerium den deutsch-belgischen Entwurf zurückwies. Er erinnerte daran, dass die grenzübergreifende Hilfe als „außerordentliche zeitweilige Maßnahme konzipiert wurde, die der UN-Sicherheitsrat billigte, um dem vom Konflikt erschütterten Land zu helfen“. „Es ist die Zeit gekommen, diesen Mechanismus allmählich abzubauen, um ihn durch humanitäre Lieferungen zu ersetzen, die gemäß den Prinzipien, die in der Resolution 46/182 der UN-Generalversammlung festgelegt sind, erfolgen sollen“, heißt es auf der Webseite der russischen Vertretung bei den Vereinten Nationen.

Diese Resolution sah vor, dass die humanitäre Hilfe in die Kontrolle des Staates übergehen soll. Das ist logisch: Mit der Wiederherstellung der Macht in Syrien sind diese Sondermaßnahmen nicht mehr aktuell. Nebensja hob zudem hervor, dass Russland einen eigenen Entwurf vorlegte. Demnach soll der Mechanismus der humanitären Hilfe noch für ein halbes Jahr beibehalten werden, die Lieferungen sollen via Bab al-Hawa erfolgen.

Am 9. Juli lehnte der UN-Sicherheitsrat dieses Dokument ab. Am darauffolgenden Tag passierte das Gleiche. Peking und Moskau legten ein Veto gegen die westliche Variante ein, die russische Version wurde nicht unterstützt. Am 12. Juli, beim fünften Versuch, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution über die Verlängerung der grenzübergreifenden Lieferungen via Bab al-Hawa für ein Jahr.

### **Grenze für Waffen sperren**

Die Besorgnisse Moskaus, Pekings und Damaskus haben einen einfachen Grund: Einige Länder versorgen über die nördliche Grenze Extremisten, die gegen die syrische Regierung kämpfen.

Der kurdisch-syrische gesellschaftliche Vertreter aus Afrin, Reizan Hedu, betrachtet die Idee der Lieferungen über die von Damaskus nicht kontrollierten Gebiete mit Skepsis. „Meines Erachtens ist die Frage über die Grenzüberquerung für einige Länder so wichtig, weil sie ihren Streitkräften in Form von Einheiten, die die Sicherheit der humanitären Hilfe gewährleisten, eine Legitimität auf internationaler Ebene verleihen wollen.“

„Ich spreche über die türkisch-syrische Grenze, die seit 2011 für Extremisten offen ist, über diese Grenze fließen Waffen und Munition“, so Hedu. Ihm zufolge sollten jene, die tatsächlich die Lage des syrischen Volkes erleichtern wollen, alle Terroristen beseitigen und die Grenze für Waffen sperren, um jeden Syrer nach Hause zu bringen und den innenpolitischen Dialog aufrechtzuerhalten.

Anfang Juli berichtete RIA Novosti, dass Flüchtlinge aus verschiedenen Provinzen Syriens, die sich in Lagern im Norden des Landes befinden, an Hunger leiden. Beim Gespräch mit einem RIA-Novosti-Korrespondenten sagten sie, dass oppositionelle Extremisten sie von den Trinkwasserquellen abgeschnitten hätten und keine humanitären Hilfslieferungen passieren lassen würden. Die eintreffenden Lebensmittel würden von Bewaffneten zu völlig überhöhten Preisen verkauft.

„Millionen Syrer sind tatsächlich in Not“, sagt Journalist Abbas Dschuma. „Moskau ist äußerst daran interessiert, dabei zu helfen, den Krieg zu stoppen. Denn Russland kämpft nicht gegen den Rauch, sondern gegen das Feuer. Wie kann der Krieg gestoppt werden, wenn die Extremisten mit Waffen und Geld versorgt werden?“

Ihm zufolge wird die Opposition über die Grenzübergänge versorgt, deren Schließung Moskau beharrlich fordert. „Das Funktionieren der von Damaskus nicht kontrollierten Passierstellen wird von Kräften unterstützt, die nicht an der Stabilisierung der Situation in Syrien interessiert sind“, so Dschuma.

„Russland will das Feuer des Krieges im Nahen Osten löschen“, so der Experte. Deswegen sei es wichtig, jenen die Basis wegzunehmen, die den Konflikt verschärfen.

### **Zwei Argumente**

Der russische Orientalist Konstantin Trujewzew betont, dass es sich um humanitäre Korridore in der Zone der Kampfhandlungen handelt. „Wenn es den Wunsch gibt, Syrien zu helfen, kann das direkt gemacht werden, ein bedeutender Teil der Grenze wird bereits vom Staat und nicht von Terroristen und Militärs anderer Länder kontrolliert. Es stellt sich die Frage: Wer wird unterstützt – die Bevölkerung oder irgendwelche bewaffnete Gruppen?“, so der Experte. Die Extremisten fingen die humanitären Frachten häufig ab und verteilten sie unter ihren Mitstreitern bzw. verkauften sie an die Einheimischen zu immens hohen Preisen. „Die westlichen Kollegen behaupten, dass das Regime in Syrien korrupt sei, Damaskus dürfe nicht getraut werden. Niemand verneint, dass Missbrauch überall möglich ist, doch im Ganzen, wenn die Hilfe über staatlich kontrollierte Kanäle, im Beisein unserer Militärpolizei verteilt wird, ist die Transparenz höher. Die Transparenz ist auch im Gebiet der gemeinsamen russisch-türkischen Patrouillen recht hoch. Worüber kann man mit der sogenannten Opposition sprechen, wenn dort mehrere Gruppierungen sich darum streiten, wer sich mit Plünderungen befassen wird?“, so der Experte.

Der stellvertretende Direktor des Zentrums für komplexe europäische und internationale Studien der Higher School of Economics, Dmitri Suslow, erinnert daran, dass „der Syrien-Krieg mit Unterstützung aus dem Ausland begonnen und geführt wurde und einen grenzübergreifenden Charakter hatte“.

„Russland hat zwei wichtigste Argumente. Das politische Argument – humanitäre Hilfe ohne Kontrolle von Damaskus untergräbt die Legitimität der syrischen Regierung. Viele westliche Länder erkennen Assad nicht an, obwohl er die Kontrolle über 90 Prozent des Landes zurückgewonnen hat. Doch Moskau ist daran interessiert, dass man mit ihm arbeitet.“

„Über diese Korridore gehen viele Güter an die Extremisten, besonders in der Provinz Idlib, dort agiert die Gruppierung Hayat Tahrir asch-Scham“, so der Experte. Das zweite, pragmatische Argument bestehe darin, dass Russland das alles stoppen möchte.

Der fünfte Entwurf der Resolution sei ein Kompromiss, bei dem die Position Russlands und Chinas großen Niederschlag gefunden habe, so der Experte. Moskau und Peking gewannen bei der wichtigsten Frage – es bleibt nur ein Übergang, nicht zwei. Doch im Dokument gibt es kein Zusammenwirken mit Damaskus; die einseitigen Sanktionen gegen Syrien wurden nicht aufgehoben. Im Ganzen setzte der Sicherheitsrat die realistischste Variante für alle Seiten um.